

FDP

Kriminelle Ausländer ausweisen

Nun will auch die FDP härter gegen Ausländer vorgehen. Das ärgert die SVP, während sich die CVP eine Mitarbeit vorstellen kann.

Die FDP geht in die Offensive. Eine Arbeitsgruppe unter dem Aargauer Philipp Müller hat ein Papier ausgearbeitet, das als Gegenvorschlag zur SVP-Ausschaffungsinitiative in die parlamentarische Debatte eingereicht wird. Ziel: «Wir wollen, dass die schweren Jungs unser Land verlassen müssen», sagt Müller gegenüber unserer Zeitung.

Die FDP will aber, dass nicht nur die in der Verfassung vorgeschriebene Verhältnismässigkeit eingehalten wird.

Nur schwere Fälle bestrafen

Konkret verlangt die FDP, dass kriminellen Ausländern das Aufenthalts- und Niederlassungsrecht konsequent entzogen wird, wenn sie kriminell wurden. Dabei geht es der FDP um schwere Delikte. Wegen Bagatelldelikte soll aber kein Ausländer das Land verlassen müssen. Müller: «Uns geht es um Verstösse gegen die körperliche Integrität, denn davor hat die Bevölkerung Angst.» Konkret: Ein 17-jähriger Ausländer, der einer Frau die Handtasche entreisst und

so ohne sie zu verletzen 20 Franken entwendet, soll bleiben können. «Wer aber schlägt, mordet, vergewaltigt, sticht oder schießt, soll gehen müssen.»

SVP bleibt dabei

Bei der FDP rechnet man sich grosse Chancen aus, dass diese parlamentarische Initiative, die in der



Initiant des Gegenvorschlags: der Aargauer Philipp Müller (FDP).

nächsten Session eingereicht wird, eine Mehrheit findet. Die FDP hat bereits bei der Revision des Ausländer- und Asylgesetzes die Federführung gehabt und SVP sowie CVP ins Boot holen können. Gleiches erhofft sich Müller auch jetzt. Die SVP will von einem solchen Schulterchluss aber noch nichts wissen. «Was die FDP vorlegt, ist eine Verwässerung unserer Ziele. Ein Rückzug unserer Initiative kommt für uns daher nicht in Frage», gab sich SVP-Präsident Toni Brunner hart. Müller ist dennoch überzeugt, dass die SVP sich früher oder später hinter den Vorschlag der FDP stellt.

Die SVP ist mit dem Thema Ausländerkriminalität in den Wahlkampf gestiegen. Im vergangenen Februar wurde die so genannte Ausschaffungsinitiative mit über 210 000 beglaubigten Unterschriften eingereicht.

«Die SVP greift ein Problem auf, das viele beschäftigt», sagt Ruedi Lustenberger (CVP, Luzern). Die Initiative werde aber in der Umsetzung auf Schwierigkeiten stossen. Deshalb werde er sich einem praktikableren Vorschlag nicht verschliessen. **JÜRGEN AUF DER MAUR**



Bonus: Weitere Informationen zur Ausschaffungsinitiative der SVP gibt es unter www.zisch.ch/bonus

KEY